5595

Botschaft

des

Bundesrates an die Bundesversammlung über die Erteilung einer neuen Konzession für die Bremgarten—Dietikon-Bahn

(Vom 8. März 1949)

Herr Präsident!

Hochgeehrte Herren!

Mit Beschluss vom 24. Juni 1899 erteilte die Bundesversammlung den damaligen Mitgliedern des Gemeinderates von Bremgarten zuhanden einer zu bildenden Aktiengesellschaft die Konzession für den Bau und Betrieb einer elektrischen Strassenbahn von Bremgarten (Obertor) nach Dietikon (Bahnhof) für die Dauer von 50 Jahren. Diese Konzession läuft nunmehr am 24. Juni 1949 ab.

Durch Bundesbeschluss vom 22. Dezember 1904 wurde die Konzession ausgedehnt auf die Strecke von Bremgarten (Obertor) nach der Station Bremgarten der schweizerischen Bundesbahnen. Zwei weitere Konzessionsänderungen vom 13. Dezember 1901 und 22. Dezember 1911 bezogen sich auf die Minimalzahl der täglich zu führenden Züge und die Tarife für die Beförderung von Tieren.

Am 16. November 1948 reichte die Bremgarten-Dietikon-Bahn AG. dem Bundesrat das Gesuch um Erneuerung der Konzession auf weitere 50 Jahre ein.

Wir haben dieses Gesuch den beteiligten Kantonen Zürich und Aargau zur Stellungnahme vorgelegt.

Der Regierungsrat des Kantons Aargau teilte uns am 21. Januar 1949 mit, weder von seiten des Kantons noch der interessierten Gemeinden würden Einwendungen gegen eine Erneuerung der Konzession an die Bremgarten-Dietikon-Bahn erhoben. Der Regierungsrat sei bereit, die bis 1968 gültige Bewilligung für die Benützung der öffentlichen Strassen durch diese Bahn sobald als möglich zu revidieren und den heutigen Verhältnissen, namentlich der Konzessionsdauer der neuen Bundeskonzession anzupassen. Eine weitere Benützung der aargauischen Landstrasse T durch die Bahn für weitere 50 Jahre sei somit gesichert.

Ebenso stimmte der Regierungsrat des Kantons Zürich in seiner Zuschrift vom 3. Februar 1949 der Erneuerung der Konzession auf weitere 50 Jahre zu. Die kantonalen Bestimmungen über die Benützung des öffentlichen Grundes durch die Bahn würden zur Zeit der notwendigen Revision unterzogen.

Die neuen Konzessionsbestimmungen halten sich an das, was üblicherweise in den letzten Jahren in neue Eisenbahnkonzessionen aufgenommen worden ist.

Wir empfehlen Ihnen, dem nachstehenden Entwurf eines Bundesbeschlusses über die Erteilung einer neuen Konzession für die Bremgarten-Dietikon-Bahn Ihre Zustimmung zu geben.

Genehmigen Sie, Herr Präsident, hochgeehrte Herren, die Versicherung unserer vollkommnen Hochachtung.

Bern, den 8. März 1949.

Im Namen des schweiz. Bundesrates,

Für den Bundespräsidenten:

Celio

Der Bundeskanzler:

Leimgruber

(Entwurf)

Bundesbeschluss

über

die Erteilung einer neuen Konzession für die Bremgarten—Dietikon-Bahn

Die Bundesversammlung
der schweizerischen Eidgenossenschaft,

nach Einsicht

in ein Gesuch der Bremgarten—Dietikon-Bahn AG. vom 17. November
1948,

in eine Botschaft des Bundesrates vom 8. März 1949,

beschliesst:

I

Der Bremgarten—Dietikon-Bahn AG. in Bremgarten wird zu den nachstehend angeführten Bedingungen eine neue Konzession für den Bau und Betrieb der Schmalspurbahn von Bremgarten nach Dietikon erteilt.

Art. 1

Die jeweiligen Bundesgesetze sowie alle übrigen Vorschriften der Gesetzgebung Bundesbehörden über Bau und Betrieb der schweizerischen Eisenbahnen sind jederzeit genau zu beachten.

Art. 2

Die Konzession wird für die Dauer von 50 Jahren, d. h. bis 31. Dezember 1999, erteilt.

Art. 3

Die Konzession gilt für die Strecke: Bremgarten-West bis Dietikon Strecken (SBB-Station).

Art. 4

Der Sitz der Gesellschaft ist in Bremgarten.

Sitz

Art. 5

Benutzung der öffentlichen Strassen

Mit Bezug auf die Benutzung der öffentlichen Strassen zum Betrieb von Eisenbahnen gelten die durch die Kantone Aargau und Zürich aufgestellten Vorschriften, soweit sie nicht mit den Bestimmungen der gegenwärtigen Konzession und der Bundesgesetzgebung in Widerspruch stehen.

Art. 6

Baupläne

Die Ausführung von Bauten sowie der zum Betrieb erforderlichen Einrichtungen darf nur geschehen auf Grund von Ausführungsplänen, die gemäss den bundesrechtlichen Vorschriften über die Planvorlagen für Eisenbahnbauten vorher durch die Aufsichtsbehörde genehmigt worden sind.

Die Aufsichtsbehörde ist berechtigt, auch nach Genehmigung der Pläne eine Abänderung dieser Anlagen zu verlangen, wenn eine solche für die Betriebssicherheit notwendig erscheint.

Art. 7

Transporte

Die Konzessionarin übernimmt die Beförderung von Personen Gepack, Gütern und lebenden Tieren.

Art. 8

Fahrplan

Der Konzessionär ist im allgemeinen anheimgestellt, die Zahl der täglichen Züge und deren Verkehrszeiten festzusetzen. Immerhin sind die Fahrpläne nach den geltenden Bestimmungen vor der Inkraftsetzung der Aufsichtsbehörde, die auch über die Fahrgeschwindigkeit der Züge entscheidet, zur Genehmigung vorzulegen.

Art. 9

Wagen

Für die Beförderung von Personen wird nur eine Wagenklasse geführt.

Art. 10

Tarife

Für die Beförderung von Personen, Gepäck, Traglasten (landwirtschaftliche und gewerbliche Erzeugnisse), Gütern und lebenden Tieren sind die Tarife der Schweizerischen Bundesbahnen massgebend.

Die Konzessionarin ist gehalten, Abonnementsbillette zu ermässigten Taxen nach mit der Aufsichtsbehörde zu vereinbarenden Bestimmungen auszugeben.

Es sind die den Interessen des Handels, der Industrie, sowie der Land- und Forstwirtschaft dienenden Ausnahmetarife einzuführen.

Die Konzessionarin ist ermächtigt, die für die Berechnung der Beförderungstaxen dienenden Distanzen festzusetzen, wobei die effek-

tiven Entfernungen maximal um folgende Prozentsätze erhöht werden dürfen:

- für Personen- und Gepäckverkehr um 100 %,
- für Tier- und Güterverkehr um 150 %.

Bruchteile eines Kilometers können als ganze Kilometer berechnet werden.

Art. 11

Personen, deren Mittellosigkeit durch eine Bescheinigung der zuständigen Behörden bezeugt wird, sind zum halben Preis zu befördern. Armen- und
Polizei-
transporte

Für Polizeitransporte, die von eidgenössischen oder kantonalen Behörden angeordnet werden, sind die vom Bundesrat erlassenen besonderen Vorschriften massgebend.

Art. 12

Für die Einzelheiten des Transportdienstes sind Reglemente und Tarife aufzustellen und der Aufsichtsbehörde zur Genehmigung vorzulegen. Reglemente und
Tarif-
bestimmungen

Art. 13

Die Konzessionärin ist verpflichtet, einen allgemeinen Reservefonds zu äufnen. Reservefonds

Art. 14

Die Konzessionärin hat sich gegen die Folgen ihrer in der Bundesgesetzgebung über die Haftpflicht der Eisenbahn- und Dampfschiffahrtsunternehmungen und der Post umschriebenen Haftpflicht bei einer in der Schweiz zum Geschäftsbetrieb zugelassenen Versicherungsunternehmung oder einer andern, von der Aufsichtsbehörde anerkannten Einrichtung zu versichern. Haftpflicht-
versicherung

Die Verträge über die Haftpflichtversicherung bedürfen der Genehmigung der Aufsichtsbehörde.

Vor dem Nachweis einer genügenden Haftpflichtversicherung darf der Betrieb nicht aufgenommen werden.

Art. 15

Die Konzessionärin hat für das ständige Personal eine Dienstalterskasse oder eine Pensionskasse einzurichten oder es bei einer in der Schweiz zum Geschäftsbetrieb zugelassenen Versicherungsunternehmung oder einer andern, von der Aufsichtsbehörde anerkannten Einrichtung zu versichern. Personal-
fürsorge

Sie hat dafür zu sorgen, dass das Personal gegen die wirtschaftlichen Folgen von Krankheit versichert ist.

Die Reglemente und Jahresrechnungen über die Personalfürsorge bedürfen der Genehmigung der Aufsichtsbehörde.

Art. 16

Kontrolle

Den eidgenössischen Beamten, denen die Aufsicht über den Bau und Betrieb der Eisenbahnen obliegt, ist zu jeder Zeit freie Fahrt und freier Zutritt zu allen Teilen der Anlagen zu gewähren. Das zur Vornahme von Untersuchungen nötige Personal und Material, Pläne inbegriffen, ist ihnen kostenlos zur Verfügung zu stellen. Die Konzessionärin und ihr Personal haben ferner den mit der Kontrolle betrauten Organen alle hiefür notwendigen Auskünfte zu erteilen.

Art. 17

Disziplinar-
massnahmen

Die Aufsichtsbehörde kann verlangen, dass Beamte und Angestellte der Eisenbahn, die bei Ausübung ihres Dienstes zu begründeten Klagen Anlass geben und gegen die nicht von der Verwaltung selbst eingeschritten wird, gemassregelt oder entlassen werden.

Art. 18

Rückkauf

Für die Ausübung des Rückkaufsrechtes des Bundes oder, wenn er davon keinen Gebrauch macht, der Kantone, für die auf ihrem Gebiet gelegenen Linien, gelten folgende Bestimmungen:

- a. Der Rückkauf des ganzen Netzes oder nur von Teilstrecken kann jederzeit erfolgen. Er ist der Konzessionärin drei Jahre zum voraus schriftlich anzukündigen.
- b. Durch den Rückkauf wird der Bund Eigentümer der Bahn mit ihrem Betriebsmaterial und allem übrigen Zubehör. Immerhin bleiben die Rechte Dritter hinsichtlich der Krankenkasse und der Alters-, Invaliditäts- und Hinterbliebenenversicherung vorbehalten. Zu welchem Zeitpunkt der Rückkauf auch erfolgen mag, ist die Bahn samt Zubehör in gutem Zustande abzutreten. Sollte dieser Pflicht nicht Genüge getan werden, so ist ein verhältnismässiger Betrag von der Rückkaufsumme in Abzug zu bringen.
- c. Die Entschädigung für den Rückkauf beträgt den zweiundzwanzig-einhalbfachen Wert des durchschnittlichen Reinertrages derjenigen zehn Jahre, die dem Zeitpunkt, in welchem der Rückkauf notifiziert wird, unmittelbar vorangehen, unter Abzug des Sollbestandes der gesetzlichen Abschreibungen auf den Anlagen. Bei Ermittlung des Reinertrages darf lediglich die durch diesen Akt konzedierte Eisenbahnunternehmung, mit Ausschluss aller andern etwa damit verbundenen Geschäftszweige, in Betracht und Berechnung gezogen werden.

Der Reinertrag wird gebildet aus dem gesamten Überschuss der Betriebseinnahmen über die Betriebsausgaben, einschliesslich der gesetzlichen Abschreibungen auf den Anlagen.

Im Falle des Rückkaufs im Zeitpunkte des Ablaufs der Konzession ist nach der Wahl des Bundes entweder der Betrag der Anlagekosten unter Abzug des Sollbestandes der gesetzlichen Abschreibungen auf den Anlagen oder eine durch bundesgerichtliche Schätzung zu bestimmende Entschädigung zu bezahlen.

- d. Streitigkeiten, die über den Rückkauf und damit zusammenhängende Fragen entstehen, unterliegen der Entscheidung des Bundesgerichtes.

Art. 19

Hat der Kanton die Bahn zurückgekauft, so ist der Bund dennoch jederzeit befugt, sein Rückkaufsrecht gegenüber dem Kanton auszuüben, und der Kanton hat die Bahn dem Bunde unter den gleichen Rechten und Pflichten abzutreten, wie dieser von der Konzessionärin zu fordern berechtigt gewesen wäre.

II

Der Bundesrat ist mit dem Vollzug dieses Beschlusses, der am 24. Juni 1949 in Kraft tritt, beauftragt.

Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Erteilung einer neuen Konzession für die Bremgarten-Dietikon-Bahn (Vom 8. März 1949)

In	Bundesblatt
Dans	Feuille fédérale
In	Foglio federale
Jahr	1949
Année	
Anno	
Band	1
Volume	
Volume	
Heft	10
Cahier	
Numero	
Geschäftsnummer	5595
Numéro d'affaire	
Numero dell'oggetto	
Datum	10.03.1949
Date	
Data	
Seite	545-551
Page	
Pagina	
Ref. No	10 036 571

Das Dokument wurde durch das Schweizerische Bundesarchiv digitalisiert.

Le document a été digitalisé par les Archives Fédérales Suisses.

Il documento è stato digitalizzato dell'Archivio federale svizzero.